

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Nr. 95.

Dresden, Montag den 27. April 1914.

25. Jahrg.

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Freizeitsport monatlich 90 Pf. ...

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expeditions: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalte mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. ...

Im Prozeß Holze wurde der Angeklagte Holze zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, seine Frau und seine Tochter erhielten je 100 Mark Geldstrafe. Die französischen Waffen sind ruhig verlaufen. Die Union hat das Vermittlungsangebot Argentinens, Brasiliens und Chiles angenommen. Ueber Veracruz wurde das Standrecht verhängt. In Colorado wurden sieben Bergwerke geschlossen.

Die französische Wahlentscheidung.

Paris, 27. April. Bis 2 Uhr morgens waren gewählt 12 Konfessionale, 7 Mitglieder der Action liberale, 29 Progressisten, 26 Republikaner der Union, 11 Radikale, 34 gewöhnliche Sozialistische Radikale, 4 Sozialistische Radikale, 7 sozialistische Republikaner und 22 gewöhnliche Sozialisten.

Nach den bisher vorliegenden Teilergebnissen der gestrigen Wahlen in Frankreich ist ein Urteil über den Wahlausfall noch nicht möglich. Pariser Meldungen berichten von einem Anwachsen der nationalistischen Stimmen, was auf das Konto des Hochsteuereinfaches und der Cassauraffäre zu setzen sein würde. Von den bekannteren unter unseren französischen Bewohnern wurden wiedergewählt: Laurès, Guesde, Gaillard, Sembat.

Die Wahlbewegung ist bis zum Entscheidungstage ruhig verlaufen. Ueber die Situation der Parteien während der letzten Tage schreibt unser Pariser Mitarbeiter: 603 Abgeordnete sind zu ernennen — 8200 Kandidaten bewarben sich. Nicht einer einzigen bürgerlichen Partei ist es gelungen, überall die „Einheit“ der Kandidaturen durchzuführen. In einer sehr großen Anzahl von Kreisen stehen sich Angehörige ein und derselben politischen Fraktion gegenüber. Die Zahl der Kandidaten erreicht in verschiedenen Bezirken geradezu phantastische Höhen, so z. B. in dem Pariser Wahlkreis unieres Wessenen Rouanet, der von nicht weniger als einundzwanzig bürgerlichen Wahlbewerbern besetzt wird. In der Provinz wie in der Hauptstadt hat der Kampf um zum letzten Augenblick einen verhältnismäßig ruhigen Charakter behalten. Die bürgerlichen Kandidaten aller Richtungen drückten sich im allgemeinen, wenn es ihnen irgendwie möglich war, vor jeder öffentlichen Diskussion mit den Sozialisten. Und da auch die parlamentarischen auf einem durch das neue Gesetz wesentlich beschränkten Terrain aus rein technischen Gründen gewisse Rahmen nicht überschreiten konnten, hat der Wahlfeldzug in keiner Weise den Ausdruck seiner gewaltigen Explosion der Hoffnungen angenommen, die man nach den jüngsten Ereignissen erwarten durfte.

Die Nachrichten aus allen Departements bestätigen, daß die ersten Versammlungen schlecht besucht waren, so daß man die Empfindung haben mußte, als ob der größte Teil der Wähler kein Interesse mehr für das Parlament übrig habe. Es kann auch gar kein Zweifel darüber bestehen, daß in allen Klassen und Ständen im Lauf der letzten Jahre ein Mißtrauen gegenüber dem Parlament erkrankte, das sich beim Wahlkampf in einer abfälligen Zurückhaltung kundgab und das erst allmählich durch die von Tag zu Tag intensiver einwirkende Propaganda der verschiedenen Parteien und Kandidaten zurückgedrängt wurde. Wahrscheinlich wird es zu einer ungewöhnlich starken Anzahl von Stichwahlen kommen, bei denen die Konsolidation der Parteien Ueberraschungen bringen kann. Die sogenannten „gewöhnlichen Radikalen“ machen es den Sozialisten jedenfalls außerordentlich schwer, die Beisprüche des Kongresses von Amtsamt praktisch durchzuführen, die dahin gehen, nach dem selbständigen, reinsozialistischen Turnier im ersten Gang bei der Stichwahl, dort wo die sozialistischen Kandidaten keine Aussicht haben durchzukommen, oder wo das nur mit Hilfe reaktionärer Stimmen erreicht werden könnte, denjenigen bürgerlichen Kandidaten die Hilfe der Sozialisten zu gewähren, die am energischsten, unabweisbar für die Abschaffung der dreijährigen Dienstzeit und für die Einkommensteuer mit obligatorischer Selbstschätzung eintraten. Häufig Prozent aller Kandidaten der „gewöhnlichen radikalen Partei“ haben den Mut nun gefunden, die Abschaffung der drei Jahre und die obligatorische Selbstschätzung bei der Einkommensteuer zu fordern.

Daß in ganz Frankreich beim zweiten Gange eine geschlossene Taktik verfolgt werden kann, erscheint jetzt wie beim ersten infolge der zahllosen radikalen Umsätze vollkommen ausgeschlossen. Es ist höchst wahrscheinlich, daß die „gewöhnlichen radikalen Partei“, deren Einfluß als Organisation sich übrigens diesmal nicht stärker erwies als bei früheren Gelegenheiten, sich an manchen Vergleichen mit der Föderation der Linken und rechten treffen wird zur Abwägung von Wahlschancen im zweiten Gang. Das wird die Rechte nicht hindern, den Verbänden ebenfalls ihre Unterstützung zu leisten. Wie weit die Sozialisten selbst der ausgeprochen monarchistischen Reaktion für die Briand-Gruppe gehen, hat vor einigen Tagen schon der Brief

des Prinzen Napoleon gezeigt, in dem diskret, aber deutlich gesagt wurde, daß „man“ selbstverständlich die gegenwärtigen Führer der nationalen Bewegung zur Mitarbeit heranziehen würde, wenn sich Frankreich etwa dazu entschließen sollte, noch einmal einen neuen Versuch mit dem Napoleon zu machen. In kürzerer, ausführlicher Form hat das nun der Herzog von Orleans, der „Chef“ der Royalisten, der ebenfalls als „Verbannter“ in Brüssel lebt, zwei Tage vor der Wahl wiederholt.

Daß die Sozialisten die Zahl ihrer Stimmen und wahrscheinlich auch die Zahl ihrer Mandate vergrößern, erscheint sicher. Der Charakter der nächsten Kammer wird jedoch nicht durch die sozialistische Reaktion bestimmt werden, deren Gewinne vorläufig unmöglich über gewisse Grenzen hinausschreiten, sondern durch die Stärke, in der die Briandisten und die „gewöhnlichen Radikalen“, die sich zum Programm von Bau befennen, zurückkehren. Was auf dem Spiel steht, ist nicht das Bestehen der Republik — das ist gesichert —, sondern die Entwicklung Frankreichs zu einer Demokratie, die dem Sinne dieses Wortes mehr entspricht, als dies heute in politischer und wirtschaftlicher Beziehung der Fall ist.

Wahlergebnisse.

Paris, 27. April. Gestern abend kurz nach 10 Uhr wurden die ersten Wahlergebnisse bekannt. Von den 17 bisher in Paris gewählten Abgeordneten sind 16 unbedingte Anhänger der dreijährigen Dienstzeit. Gewählt wurde u. a. der Nationalistenführer Barrès. Der Akademiker Richpin ist seinem Gegenüber unterlegen. Gallaux-Frémont, Fabianus, der den bekannten Brief: Orato, Frau Gallaux, schrieb, ist ebenfalls unterlegen. Gallaux und Barthou wurden wiedergewählt, ebenso Millerand, Orato und Deschanel. Die Mehrheit, mit der der französische Finanzminister gewählt wurde, betrug 2000 Stimmen.

Im Ministerium der Innern erklärt man, daß die Sitzung der Stimmzettel besonders lange Zeit in Anspruch genommen wird, da nach der neuen Wahlvorsorge die Stimmzettel in einem Briefumschlag enthalten sein müssen und nur einzeln herausgenommen werden können. Es steht aber bereits jetzt fest, daß sämtliche augenblicklichen Mitglieder des Kabinetts, die ihre Kandidaturen wieder aufgestellt hatten, wiedergewählt wurden. Es fehlen zur Stunde nur noch die Resultate über die Wiederwahl des Ackerbau Ministers Daniels und des Kriegsministers Poincaré. Es ist noch schwer zu sagen, ob die Regierung einen Sieg für sich in Anspruch nehmen kann oder nicht, doch ist bereits ersichtlich, daß ein gefährlicher Gegner, die letztgeschaffene Vereinigung der Linken, eine schwere Niederlage erlitten hat. Die Wahl des ehemaligen Polizeipräsidenten Epine, eines eifrigen Anhänger Poincarés, steht noch nicht fest. Ebenso ist der Sozialist Jules Vedrines in seinem Wahlkreis nicht durchgekommen. Die Beteiligung an den Wahlen war nicht allzu lebhaft.

Das Marzelle wird ein erster Vorfall gemeldet. Der ehemalige Senator Doyet, der im vorigen Wahlbezirk als unabhängig sozialistischer Kandidat auftritt, wurde von einem bisher Unbekannten auf der Straße angefallen. Der Mann schloß seine Hand voll Pfeffer ins Gesicht und versetzte zwei Revolverkugeln auf ihn ab, deren eine Doyet am Arm leicht verwundete.

Der Wettbewerb der Dreadnoughts.

Von unserem Korrespondenten.

th. Wien, 25. April.

Die Kriegsbewertung läßt die Bevölkerung offiziell wissen, was sie ihr in den kommenden Delegationen so ungefähr zugesagt hat. Und es ist wahrlich nicht wenig. Man hat ja das Erhalten über die Annahmen des Militarismus seit zwei Jahren bereits verlernt. Doch diesmal geht es über alle Maßen. In Flotte und Heer zugleich wird mächtig getüschelt. Der Hauptanteil fällt der Seemacht zu. Das zweite Dreadnoughtgeschwader soll gefordert werden. Man tut den neuen Großkampfschiffen Unrecht, wenn man sie Dreadnoughts nennt, sie sind über dieses Maß längst hinausgewachsen. Das Geschwader, das 1910 bewilligt wurde und dessen vierte Einheit auf der Flammere Werft sich nach in Zulassung befindet, hatte einen Längenausmaß von 20 300 Tonnen, trug als Hauptartillerie zwölf 30,5-Zentimeter-Geschütze in vier Dreifachtürmen, seine Mittelartillerie bestand aus zwölf 15-Zentimeter-Geschützen, die Turbinen arbeiteten mit 25 000 Pferdestärken. In allen diesen Maßen erhöht sich das neue Geschwader nachvoll über das alte. Die neuen Großkampfschiffe werden mindestens 24 500 Tonnen verdrängen, sie werden als Hauptartillerie zwölf 35,6-Zentimeter-Geschütze in vier Dreifachtürmen, als Mittelartillerie zwölf 15-16-Zentimeter-Geschütze tragen, die Turbinen werden eine Leistung von 50 000 Pferdestärken ausweisen. Demgegenüber steigt auch die Stunden-Geschwindigkeit von 20,8 Knoten auf 22 Knoten.

Um das Verhältnis zu bezeichnen, sei hervorgehoben: Von den jetzt im Dienste befindlichen Schiffen haben bloß die beiden amerikanischen Großkampfschiffe Texas und Kentucky 35,6-Zentimeter-Geschütze, aber auch sie bloß zehn. Der neue österreichische Typ gleicht an Besetzung der auf dem Stapel stehenden Pennsylvania, die im vorigen Jahre als das stärkste Schiff der Welt „Erfolg Wörth“ und „L“ zwei

Schiffe, die je acht 38-Zentimeter-Geschütze tragen, entsprechend der englischen Queen-Elizabeth-Klasse von gleicher Besetzung, denen jetzt die Royal-Sovereign-Klasse mit zehn Geschützen gleichen Kalibers folgt. Das Gewicht einer Breitseite fällt über bei der Pennsylvania mit bei den österreichischen Schiffen das Gewicht der Queen-Elizabeth- und der Erfolg-Wörth-Klasse noch übertreffen, und allenfalls hinter der Royal-Sovereign-Klasse zurückbleiben. So rasch geht es dann vorwärts, daß 1914 zum Mindestmaß für eine mittlere Flotte wird, was 1912 noch im Bauplan der drei größten Flotten nicht zu finden war. Die in Zulassung befindlichen Iron Duke, Englands Stolz von gestern mit ihren zehn 34,3-Zentimeter-Geschützen — von der deutschen König-Klasse mit zehn 30,5-Zentimeter-Geschützen gar nicht zu reden —, sind alle Scherze.

Daß dieses Bahnlinsrennen nach den größten Mündungsweiten, den größten Breitseitegewichten und den größten Wasserdrängungen zugleich die Preise schwindend mit hinaufreißt, muß nicht erst gesagt werden. Die Großkampfschiffe von 1910 kosteten 60 Millionen Kronen, die Großkampfschiffe von 1914 werden 76 Millionen Kronen Einheit und Einheit kosten. Da sie aber in Belegung von zwei geschützten Kreuzern zu je 15 Millionen Bauaufwand und der entsprechenden Zahl von Zerstörern, Torpedobooten und Unterseebooten auftreten, steigt sich die Gesamtsumme der Forderungen auf 426 Millionen, gegenüber den 320 Millionen, mit denen man 1910 auskam. Das Drohlügste ist nun aber, daß die neuen Dreadnoughts unter dem Titel von „Erfolgbauten“ gehen, sie ersetzen nämlich die 1895 und 1896 von Stapel gelassene „Monarch-Klasse“, die aus drei Schiffen bestand, von denen jedes bloß 5600 Tonnen verdrängte, vier 24-Zentimeter- und sechs 15-Zentimeter-Geschütze trug und von 8000 Pferdestärken eine Geschwindigkeit von 17 Knoten empfing. An Baukosten erforderten sie 2 168 390 bis 10 058 157 Kronen — also ungefähr ein Viertel von dem, was heute die Schiffe kosten, die an ihre Stelle treten.

Indes soll doch auch, wo die Marine so reich bedacht wird, das Meer nicht leer ausgehen. Nichts Beringeres als die völlige Ueberwältigung der Hauptkräfte im Werke. Die aus dem Jahre 1899 stammende Feldhaubitz und die schwere Haubitz von 1888 werden durch neue Modelle ersetzt. Für die Feldhaubitz, die aus Stahlbronze gefertigt wird, ist ein von Ehrhardt (Rheinische Metallwarenfabrik in Düsseldorf) gebauter Typ erwähnt. Das Patent wird abgekauft, die Großherzogtum erfolgt in Wien im Artilleriearsenal. Die 15-Zentimeter-schwer-Haubitz werden die Schobawerke in Völs bauen. Auch hier handelt es sich natürlich um Hunderte von Millionen, die von Delegierten bewilligt werden sollen, deren Abgeordnetenhause so gut wie aus der Welt geschafft ist!

Die Intervention Südamerikas.

In der amerikanisch-mexikanischen Krise ist eine unermartete Wendung eingetreten: Die südamerikanischen Republiken Brasilien, Argentinien und Chile haben sich unter einem Hut zusammengesetzt und den beiden kämpfenden Parteien die Vermittlung angeboten. Das Anerbieten wurde der Regierung in Washington und Quetta zugesandt und lautet:

In der Absicht, den Interessen des Friedens und der Gerechtigkeit zu dienen, und mit dem lebhaftesten Wunsch, weiteren Blutvergießen vorzubeugen, das den Absichten der Gerechtigkeit und der Völker Amerikas auszeichnet, widerpricht, gehen wir, die Vorkämpfer von Brasilien, Argentinien und Chile, und die Vere, der Regierung der Vereinigten Staaten unsere guten Dienste für eine friedliche und freundschaftliche Beilegung des Streites zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko anzubieten. Der amerikanische Ministertrat nahm nach kurzer Beratung das Anerbieten an. In einer offiziellen Antwort an die südamerikanischen Staaten heißt es:

Die Regierung ist sich über die Absicht, mit der das Vermittlungsangebot gemacht worden ist, vollkommen klar. Sie kann sich daher nicht entschließen, dieses großzügige Anerbieten ihrer Regierung abzulehnen, und nimmt es hiermit an. Man mag natürlich mit der Möglichkeit rechnen, daß auf Seiten derjenigen, die die Militärgewalt in Mexiko ausüben, es zu einer feindlichen Handlung kommen könnte, die die Vereinigten Staaten zum Handeln zwingt, so daß sich dadurch die Hoffnung auf einen sofortigen Frieden zerbrechen würde. Aber das gibt uns nicht das Recht, mit der Annahme der großzügigen Vor schläge zu zögern. Wir hoffen, daß ein günstiges Resultat bald unsere Sorgen gestreuen möge.

Ueber die Haltung Mexikos zu dem südamerikanischen Vorschlag liegen noch keine bestimmten Nachrichten vor.

Südamerikanische Proteste.

Montevideo, 26. April. Hier haben Kundgebungen stattgefunden, um gegen das Vorgehen der Vereinigten Staaten in Mexiko zu protestieren. Die Polizei hat die Manifestanten verhindert, sich vor die amerikanische Botschaft zu begeben. Nach einem kurzen Handgemenge, in dessen Verlauf mehrere Personen verletzt wurden, konnte die Menge gestreut werden.

Buenos Aires, 25. April. Die Blätter verurteilen die Haltung der Vereinigten Staaten in der mexikanischen Frage. Die Nation meint: Die Erinnerung an diese Haltung wird in der